Politische Bildung als demokratisches Versprechen

Autoritäre Kräfte erstarken, Fördermittel schrumpfen, die Neutralität politischer Bildner*innen wird öffentlich diskutiert: Die Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung Andrea Rühmann wirft einen kritischen Blick auf gegenwärtige Herausforderungen. Ein Plädoyer für klare Haltung, um politische Bildung als unverzichtbare Säule der Demokratie dauerhaft zu stärken.

Viele Institutionen der politischen Bildung sind – so erinnerte Berthold Finkelstein 1966 in seiner Rede beim bundesweiten Kongress zur politischen Bildung – entstanden „aus dem Erleben einer Katastrophe, die von einer durch mangelnde politische Einsichten unmündigen Gesellschaft verursacht und ermöglicht wurde, einer Gesellschaft, die Führung nicht von Verführung unterscheiden konnte“. Damals ging es darum, nationalsozialistisches Denken zurückzudrängen und die Grundlagen demokratischer Teilhabe zu legen. Bis heute eröffnet politische Bildung Räume für den Austausch über gesellschaftliche Konflikte, vermittelt Orientierung in einer komplexen Welt und befähigt Menschen, ihre Rolle als aktive Bürger*innen wahrzunehmen. Angesichts multipler Krisen – von ökologischen Umbrüchen über geopolitische Konflikte bis hin zu digitaler Desinformation und dem Erstarken autoritärer Kräfte – ist politische Bildung längst kein „Nice-to-have“ mehr, sondern eine zentrale Stütze unserer Demokratie. Finkelstein würde die aktuellen Entwicklungen wohl als alarmierendes Warnsignal verstehen.

Gerade deshalb wiegt es umso schwerer, dass die politische Bildung ausgerechnet in dieser Situation zunehmend unter Druck gerät: Öffentliche Debatten über Neutralität und Gemeinnützigkeit, Angriffe auf Träger und Fachkräfte, Haushaltskürzungen und eine sich verschärfende Förderpraxis setzen das Feld unter erheblichen Stress. Die Frage ist längst nicht mehr, ob politische Bildung wirkt, sondern ob sie überhaupt noch wirken darf. Für manche gesellschaftliche Kräfte hat sie nicht einmal eine Daseinsberechtigung und wird offen angefeindet.

Ein zentrales Problem liegt zudem in der Finanzierung. Politische Bildung lebt von Planungssicherheit und Kontinuität. Stattdessen dominieren projektbezogene Förderlogiken, die kurzfristige Antragszyklen mit hohen administrativen Anforderungen und gleichzeitigem Anspruch an Innovation verbinden. Stelle man sich einmal vor, in den Naturwissenschaften oder der Mathematik würden in gleichem Maße innovative Methoden und Ansätze erwartet? Die Sorge, dass solides Fachwissen hier auf der Strecke bleiben würde, ist zumindest berechtigt.

Für viele Träger gleicht die Finanzierung einem Drahtseilakt: Inhalte entwickeln, Personal halten und gleichzeitig den formalen Anforderungen genügen. Gerade kleine und mittlere Einrichtungen geraten hier oft an ihre Grenzen – und mit ihnen die Qualität und Reichweite politischer Bildung.

Hinzu kommt ein wachsender politischer Druck auf ihre Unabhängigkeit. Immer häufiger sehen sich Träger pauschalen Vorwürfen der Parteinahme oder Indoktrination ausgesetzt. Dabei ist kritische Auseinandersetzung ein Grundpfeiler demokratischer Bildungsarbeit – nicht ihr Gegenteil. Wenn Träger etwa Rassismus oder autoritäre Tendenzen thematisieren, dann tun sie das nicht aus parteipolitischer Motivation, sondern aus demokratiefördernder Verantwortung heraus. Politische Bildung ist nicht neutral im Sinne von beliebig, sie ist auch kein ausführendes Organ der Bundesregierung – sie ist wertegebunden im Sinne des Grundgesetzes.

Wie also weiter? Politische Bildner*innen und ihre Organisationen sind mehr denn je gefordert, ihre Arbeitsweisen und Strategien zu hinterfragen. Schon jetzt passen sie ihre Angebote flexibel an aktuelle Krisen, Konflikte und Themen an, verstärken Formate zur Medien- und Desinformationskompetenz, entwickeln aufsuchende Bildungssettings, gestalten digitale Formate, setzen stärker auf Zielgruppenorientierung und arbeiten deutlich verzahnter mit der Zivilgesellschaft, Sozialarbeit, Schulen und Arbeitgebern zusammen.

Zu einer tragfähigen Zukunft gehört jedoch auch eine klare Positionierung: Was ist unser Beitrag zur Demokratie? Wofür stehen wir – und mit wem stehen wir ein? Wie gehen wir mit Angriffen auf unsere Profession um? Angesichts einer wachsenden Zahl von Trägern bei zugleich stagnierenden Fördermitteln sind Kooperationen und Zusammenhalt in der Trägerlandschaft wichtiger denn je – nicht nur, um Ressourcen zu bündeln, sondern um politische Bildung als unverzichtbare Säule der Demokratie zu sichern.

Doch: Wer dauerhaft politisch bilden will, muss auch dauerhaft gefördert werden. Deshalb sollten Bund, Länder und Kommunen die politische Bildung nicht nur rhetorisch aufwerten, sondern institutionell und finanziell absichern – als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Politische Bildung ist kein Luxus und keine Meinung, sondern ein demokratisches Versprechen: Dass jede*r die Chance haben soll, die Gesellschaft mitzugestalten. Dieses Versprechen gilt es zu verteidigen – entschieden, vernetzt und mit langem Atem.

© Nathan Dreessen

Andrea Rühmann
setzt sich als Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in Deutschland (AKSB) e.V. für den Zusammenhalt der Träger der politischen Bildung sowie den Erhalt einer bedarfsgerechten Förderlandschaft ein. Die gebürtige Bonnerin hat Politikwissenschaften, Geschichte, Literatur und Erwachsenenbildung studiert.

„Wer dauerhaft politisch bilden will, muss auch dauerhaft gefördert werden. Deshalb sollten Bund, Länder und Kommunen die politische Bildung nicht nur rhetorisch aufwerten, sondern institutionell und finanziell absichern – als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.“